

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

„Widerstehen. Sagen was ist. Die Politik verändern.“ Unter diesem Motto stand der 1. Bundesparteitag der LINKEN, der Ende Mai in Cottbus stattfand. Unsere Marzahn-Hellersdorfer Delegierten schildern ihre Eindrücke. Seiten 1/3

Noch immer werden Bundesbürger aus den neuen Ländern benachteiligt. Und das 18 Jahre nach dem staatlichen Vollzug der deutschen Einheit. Petra Pau dazu: Die Mauer in den Köpfen steht - leider. Vieles wird noch getrennt behandelt. Seite 3

Die Jugendseite - die zehnte in Folge - mit den Themen: Verbindende Ziele mit Schulstreikenden / Chronik Rechtsextremer Straftaten durch Antifaschistisches Bündnis veröffentlicht / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte Seite 7

Widerstehen. Sagen, was ist. Die Politik verändern.

Am 24. und 25. Juni 2008 fand in Cottbus der erste ordentliche Bundesparteitag der LINKEN statt. Aus meiner Sicht als Delegierte waren es unterm Strich zwei erfolgreiche Tage. Der Parteitag hat bewiesen, dass DIE LINKE darum ringt, eine wirklich neue Partei zu werden. Das gelingt uns noch nicht immer. Aber in Cottbus war das Bemühen der meisten Delegierten von Landesverbänden und Zusammenschlüssen erkennbar, das Gemeinsame zu betonen.

Am Samstagvormittag mahnte unser Parteivorsitzender Lothar Bisky in seiner Rede: „Wir haben DIE LINKE gegründet, weil vertraute Pfade nicht durch und durch erfolgreich waren. Gewissheiten und Gewohnheiten sollte man von Zeit zu Zeit überprüfen. Hüten wir uns vor der alten linken Überheblichkeit, auf alles eine Antwort zu haben und zu wissen. Hüten wir uns vor der alten linken Bequemlichkeit, die Vielfältigkeit gesellschaftlicher Prozesse durch Rückzug in überschaubare ideologische Schneckenhäuser auszublenken. Wenn wir etwas neu und besser machen wollen, fängt es beim innerparteilichen Umgang an ... Unser politisches Profil ist auf Bodenhaftung angewiesen. Der Anspruch, Partei des Alltags zu bleiben, Sorgen und Bedürfnisse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ernst zu nehmen, ist entscheidend. Eine politisch verantwortungsvolle LINKE ist eine LINKE, der man Durchsetzungsvermögen und einen langen Atem zutraut. Es ist auch eine LINKE, die erfolgreich gegen den tödlichen Spaltpilz geimpft wurde und nicht alle linken Kinderkrankheiten noch einmal durchleben will.“

Oskar Lafontaine wagte in seiner Rede einen Blick zurück in die Geschichte und machte damit deutlich, dass der Vorwurf der Schönfärberei des Sozialismusversuchs in Deutschland an unsere Partei im Allgemeinen und seine Person

im Besonderen keine Grundlage hat: „Wir wollen die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Um dabei erfolgreich zu sein, müssen wir aus der Geschichte und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung lernen. Dabei ist es selbstverständlich wichtig, angesichts unserer Vorgeschichte und unserer Zusammensetzung die



Geschichte der DDR aufzuarbeiten und daraus Konsequenzen zu ziehen. Sicher, in der DDR gab es auch Fortschritte – mehr soziale Gleichheit, mehr Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft, mehr soziale Sicherung, ein besseres Gesundheitswesen und eine gute Schulbildung. Aber die DDR ist auch gescheitert, weil sie kein Rechtsstaat war, weil sie keine Demokratie war und weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wenig Mitbestimmung hatten. Das sind aber unverzichtbare Bestandteile einer

Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Dies ist die Lehre aus der Geschichte der DDR.“

Ausführlich widmete sich unser Parteivorsitzender einer Debatte, die um den Stellenwert von Freiheit und Sozialismus in der Politik unserer Partei geführt wird. Das ist außerordentlich interessant nachzulesen.

Im Leitantrag des Parteivorstands findet sich die Beantwortung der bis dahin noch offenen Frage zum Verhältnis von sozialen und individuellen Bürgerrechten. Nunmehr gilt: „Wir wollen beides. Mehr noch: „Elementar ist für uns die Unverletzlichkeit der Menschenrechte und universeller demokratischer Grundsätze. Wir vertrauen weder auf die Allmacht des Profits noch auf die des Staates. Die neue LINKE setzt auf Freiheit und Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger, auf ihre Selbstbestimmung und auf demokratische Mehrheiten für sozial gerechte Regeln einer lebenswerten Gesellschaft.“

Dagmar Pohle

Was gibt's noch?

Seite 2:

Es gibt sie noch: Lokale Agenda 21 / Petra Pau (MdB): Die Mauer in den Köpfen steht - leider

Seite 3:

1. Bundesparteitag der LINKEN: „Widerstehen. Sagen was ist. Die Politik verändern.“

Seite 4:

Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

Landes- und Kommunalpolitisches

Seite 6:

Siedlungsgebiete / Politische Bildung

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

DIE LINKE.

Es gibt sie also immer noch ...

... die Lokale Agenda 21. Auf Beschluss des Bezirksamtes konstituierte sich am 7. Mai der Beirat der Lokalen Agenda 21 Marzahn-Hellersdorf. Er verständigte sich über die Geschäftsordnung und erste Schwerpunkte der Arbeit. Künftig soll das Gremium vierteljährlich zusammentreten. Anliegen ist es vor allem, die verschiedenen Initiativen im Bezirk, die sich mit Themen einer nachhaltigen Entwicklung im weitesten Sinne beschäftigen, zu bündeln, die Kommunikation zu verbessern, um so stärker in die Öffentlichkeit zu kommen und auch neue Projekte zu initiieren bzw. Selbstorganisation befördern zu können. Wobei ich persönlich ein Problem mit dem strapazierten Nachhaltigkeitsbegriff habe. Das Motto der unabhängigen Friedens- und Umweltbewegung aus den 80er Jahren beschreibt das Anliegen besser: Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung (oder für Nichtreligiöse: Erhalt der natürlichen Umwelt) und – ich ergänze: Freiheit im Sinne der Chance auf Teilhabe und Mitsprache. Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, denen sich Kommunen wie auch die Zivilgesellschaft stellen müssen, auch unabhängig von internationalen Konferenzen und Verein-

barungen wie der von Rio 1992, auf der die „Agenda“ basiert.

Das Knapperwerden von Ressourcen, das Sichtbarwerden der Grenzen der bisherigen Wirtschafts- und Lebensweise, die neue Qualität des Kampfes um die Reichtümer dieser Welt sowie um Lebenschancen künftiger Generationen – dies alles hat globale und zugleich lokale, ganz konkret vor Ort erlebbare Momente. „Agenda“ ist eben nicht nur Umwelt, sondern „Agenda“ ist auch, wenn BürgerInnen sich für ihr Wohnumfeld interessieren, ist auch, wenn Schulen Partnerschaften und Hilfsprojekte initiieren, ist auch, wenn es um ungestaltete Freiräume geht, in denen Kinder spielen oder Alte spazieren gehen können, um nur Beispiele zu nennen, und das unabhängig davon, ob sich die verschiedenen Akteure förmlich zum Agenda-Prozess „bekennen“ oder nicht.

In der nächsten Sitzung des Beirates am 10.9. am Helene-Weigel-Platz wird es um die Bestandsaufnahme bestehender Projekte und deren Vernetzung und gegebenenfalls bessere Kommunikation gehen. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Frank Beiersdorff

Petra Pau (MdB):

Die Mauer in den Köpfen steht - leider

Noch immer werden Bundesbürger aus den neuen Ländern benachteiligt. Und das 18 Jahre nach dem staatlichen Vollzug der deutschen Einheit. Wer am 3. Oktober 1990 oder später geboren wurde, ist zwar Zeit seines Lebens Bundesbürger. Aber auch in trifft es, wenn er im Osten zur Welt kam. Und sie natürlich auch, zumeist noch mehr.

Ossis müssen in aller Regel länger arbeiten als Wessis und erhalten dafür obendrein weniger Geld. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist ein frommer Spruch. Selbst Gewerkschaften ignorieren ihn. Denn auch sie stimmen regelmäßig Tarifverträgen zu, in denen Ostdeutsche gegenüber Westdeutschen benachteiligt werden. Die Mauer steht so ehern in den Köpfen, dass sogar Mindestlöhne nach Ost und West getrennt vereinbart werden. Werden dem Wessi 9,10 Euro zugestanden, so darf sich das Ossi mit 7,90 Euro begnügen. Dabei sollen Mindestlöhne nicht trennen, sondern sichern, dass man von Arbeit auch leben kann, und zwar überall. Das fordert jedenfalls DIE LINKE.

Übrigens: Wer heute 17 Jahre alt ist und aus Frankfurt/Oder kommt, wird noch in 50 Jahren am Rentenbescheid spüren, dass er oder sie nicht in Frankfurt am Main gebo-

ren wurde. Das wäre dann 2057. Die Teilung wirkt fort, die Einheit harrt noch immer einer gleichberechtigten Lösung. Übrigens auch bei den aktuellen Renten.

Ex-Bundespräsident Roman Herzog warnte dieser Tage vor einer Rentner-Demokratie und davor, dass „die Alten die Jüngeren ausplündern“ könnten. Wäre ich gehässig, dann würde ich von Senioren-Rassismus sprechen. Aber Polemik beiseite: Es ist einfach unseriös und zudem gefährlich, die Generationen gegeneinander zu hetzen.

Zumal es „Altlasten“ ganz anderer, nämlich politischer Art gibt. Meine Fraktion hat im Bundestag aktuell 17 parlamentarische Anträge gestellt. Wir wollen, dass Rentenlücken und Rentenunrecht endlich beseitigt werden. Sie betreffen zahlreiche Berufsgruppen der DDR, vom Hochschul-Professor bis zur Ballett-Tänzerin und wieder vor allem Frauen.

Eine erste Debatte dazu fand am 25. April 2008 im Plenum statt. Sie war erhellend. Die CDU/CSU schrieb un-

Zur Kasse bitte...

Rentner sind eine „sprudelnde Quelle“ .. für den bundesdeutschen Fiskus - schon die künftigen. Rentenabschläge müssen seit 1997 bei einem Renteneintritt vor Erreichen der Regelaltersgrenze in Kauf genommen werden. Und sie werden – und zwar durchschnittlich von 42 % der Neurentner.

Das betrifft 30,4 % der West- und 71,5 % der Ost-Rentnerinnen sowie 46,5 % der West- und 69,2 % der Ost-Männer. (Wenigstens im Osten gibt es noch etwas Gleichberechtigung!)

Beunruhigend der Trend: Nur knappe 30 % aller Männer und nur jede 10. Frau schaffen noch die vorgeschriebenen 45 Beitragsjahre. Das, obwohl diese „Gesellschaft“ jetzt einer/m jeden zwei bzw. sieben Jahre länger Zeit dafür gibt, dieses Ziel zu erreichen!

Wie aber sollen die Niedriglöhner (Deutschland ist mit 22 % der relative und mit 7,1 Mio. der absolute EU-Meister) für das Alter vorsorgen? Wie die 2,3 Mio. „Solo-Selbständigen“ und die 11,3 Mio. Teilzeitbeschäftigten? (Das erklärt mit die lt. Statistik gesunkene Arbeitslosigkeit und die gesunkenen Beiträge für die Sozialkassen.)

Bis jetzt „profitieren“ die deutschen Arbeitnehmer mit etwa -3,5 % – in Form gesunkener realer Nettolöhne – vom Wirtschaftsaufschwung.

Nichts ist umsonst, oder ...

... wird die Bundesregierung einer OECD-Forderung, die schlechte Absicherung der Geringverdiener zu verbessern, nachkommen?

Immerhin, im Zuge der Erhöhung des aktuellen Rentenwertes um 1,1 % kriegen auch Hartz IV-Bürger ab 1. Juli mehr: ganze 4 EUR!

R. Rüdiger

DIE DIE LINKE. RENTE

www.die-rente-die-linke.de

ser Anliegen als „populistisch“ ab. Die FDP warf uns ein „Zerrbild der Realität“ vor. Die SPD befand, diese Gerechtigkeit sei „unbezahlbar“. Und Bündnis 90/Die Grünen verwahrte sich gegen solcherart „Wahlkampf-Ost“.

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:

http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html

Widerstehen. Sagen, was ist. Die Politik verändern.

Marzahn-Hellersdorfer Delegierte schildern ihre Eindrücke

Eine Entscheidung war nötig

Der Antrag zur Familienpolitik sollte ein Zeichen für unsere Partei setzen. Innerhalb von drei Tagen einigten sich die Einreichenden von sechs Anträgen auf einen gemeinsamen unter dem Titel „Für eine emanzipatorische Familienpolitik der Partei DIE LINKE.“ Das Frauenplenium am Vorabend des Parteitagess sprach sich für die Befassung und gegen eine Überweisung an den Bundesausschuß aus. Mit diesem Antrag, den Christiane Reymann vom Bundessprecherinnenrat von LISA sowie Caren Lay vom Vorstand als Fürsprecherin am Sonntag einbrachten, wurde das Recht von Kindern auf eine qualitativ hochwertige, öffentliche Betreuung betont und explizit das saarländische Familiengeld abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag angenommen und mit dem Film zur Kita-Kampagne abgeschlossen. Jedoch

machte Petra Pau in ihrer persönlichen Erklärung deutlich, dass so nicht mit „Minderheitenmeinungen“ umgegangen werden kann. Der Film mit dem Lied „Wenn Mama früh zur Arbeit geht“ wurde als direkten Angriff auf Christa Müller, die die Gegenrede gehalten hatte, gesehen. Trotzdem entschied sich der Parteitag, eine emanzipatorische und soziale Politik für Kinder und Familien endgültig nach innen und außen festzuschreiben. Nun muß die Umsetzung folgen.

Frauenpolitisch äußerte sich auch eine Genossin aus NRW zur Wahl des Parteivorsitzes am Sonnabend. Es steht schlecht um die feministische Politik in unsere Partei, wenn für die wichtigen Posten nur Männer gefunden werden.

Sandra Beyer

„Die haben ja nicht mal ein Programm.“

Das ist eines der Argumente der Bundes-SPD gegen die DIE LINKE. Formal stimmt das sogar. Aber was besagt das? Das aktuelle SPD-Programm wurde 2007 beschlossen. Sein Vorläufer war von 1989 und galt spätestens 1998 als obsolet. Kurzum: Neun Jahre lang hatte die SPD „nicht einmal ein Programm“.

DIE LINKE hatte sich bei ihrer Gründung vor knapp einem Jahr vorerst auf programmatische Eckpunkte geeinigt. Ich finde, sie sind sogar ehrlicher, als die Programme aller anderen Parteien. Sie beschreiben, was DIE LINKE will. Sie benennen aber auch, welche Fragen noch ungeklärt sind. Das traut sich keine andere Partei.

Eine der offenen Fragen lautet übrigens: In welchem Verhältnis stehen soziale Rechte und Bürger- bzw. Freiheitsrechte? Ich bedau-

re sehr, dass ausgerechnet dies unter Linken wieder als ungeklärt gilt. Denn eine meiner Lehren aus meiner gescheiterten DDR ist: Man darf soziale und Freiheitsrechte weder gegeneinander aufrechnen, noch hierarchisieren.

Umso mehr begrüße ich, dass auf dem Parteitag in Cottbus Klartext geredet wurde: „Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Und Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung.“ Oskar Lafontaine meinte: Was Gleichheit ohne Freiheit hieß, erlebten Ostdeutsche. Und was Freiheit ohne Gleichheit bedeutet, erleben Hartz-IV-Empfänger. Und nicht nur sie. Immer mehr werden verarmt und zugleich enteignet. Gegen diese doppelte Entmündigung streite ich im Bundestag und im Alltag. Das ist mein Parteiprogramm.

Petra Pau

Warum ich wie gewählt habe

Ich habe Sascha Wagener gewählt. Da ihn kaum jemand kennt: Sascha wurde 1977 in Luxemburg geboren. Der NATO-hörige Kurs der dortigen Sozialdemokraten missfiel ihm, also zog er nach Deutschland. Von Trier trieb es ihn nach Berlin und über die Luxemburg-Stiftung in die Linkspartei. Ein exotisch anmutender, aber immer noch recht „normaler“ Weg. Aufhorchen ließ Sascha als er vermeldete, dass er im sächsischen Königstein wohne. Eine Hochburg der militanten Naziszene in Sachsen. Aber nicht deswegen zog er da hin, es war die Liebe und die – wie er sagt – wunderschöne Sächsische Schweiz. Da ging dann ein Raunen durch den Saal – darf man das als aufrechter Linker so sagen? Der mit diesem Raunen verbundene Zweifel schlug um, als er mitteilte, dass seine GenossInnen und er im Wahlkampf in der rechtsextremen Hochburg Königstein mittlerweile 1500 Hausbesuche gemacht hätten. Also an unbekann-

ter Tür klingeln: „Guten Tag, ich bin der Kandidat der LINKEN ...“ In Königstein. Sascha hat auf erfrischende Art deutlich gemacht, dass kommunale Verankerung der Partei lebenswichtig für uns ist und diese kommunale Verantwortung nicht nur durch kluge Reden in geschlossenen Sälen deutlich wird. Auch deshalb bekam er meine Stimme. Sascha bekam sie auch für seine Position, dass die „Führung der Partei von den Vorständen und nicht von den Fraktionen ausgehen“ müsse. Auch ein Berliner Problem und wir kennen das auch in unserem Bezirk. Parlamentarisches Denken und Handeln hat eigene Gesetze und unterliegt Zwängen, denen sich eine politische Partei nicht immer unterwerfen darf. Auch die bürgerlichen Konkurrenten machen dies nicht. Wir sind da sklavischer veranlagt und zahlen neuerdings unseren Preis an den Wahlabend. Gewählt habe ich auch Inga Nitz. Inga zog von Berlin nach Bremen und

Ausgewogener Vorstand

Die VordenkerInnen des Slogans „Widerstehen. Sagen was ist. Die Politik verändern.“ konnten wohl kaum ahnen, wie viel Aktualität dieser an jenem Parteitagsswochenende haben wird. Am Freitag zuvor stimmte der Bundesrat über den Lissaboner Vertrag ab, und das Land Berlin enthielt sich als einziges der Stimme. So viel zum Widerstehen. Die Vermutung, die Berliner GenossInnen hätten es gern anders gemacht, wenn da nicht die Bundespartei wäre, kam zwar immer wieder mal in einigen Redebeiträgen auf, jedoch ist klar – dies war eine souveräne Entscheidung.

Hervorheben möchte ich, dass wir nunmehr einen Bundesvorstand haben, der das Parteinnere widerspiegelt. Keine Strömung oder politische Plattform stellt eine Mehrheit und somit ist eine Konsens suchende Arbeit programmiert, was sicher mehr als positiv sein dürfte.

Die Antragsdebatte machte deutlich, dass wir gerade was unsere Programmatik angeht, vor wichtigen Auseinandersetzungen stehen, bis wir letztlich 2011 ein Programm beschließen können. Noch sehr unterschiedlich stellen sich die Positionen innerhalb der Partei dar. Dies ist nicht nur eine harte Herausforderung, sondern vielmehr Chance, Erfahrungen aus 17 Jahren PDS einzubringen und auch neue Impulse aus der außerparlamentarischen Arbeit einfließen zu lassen.

Lothar Bisky mahnte zu Recht „nicht jede linke Kinderkrankheit noch einmal durchleben zu müssen“. Recht hat er. Doch werden wir um ein paar „Masern“ nicht herumkommen. Das jedenfalls ist mein Eindruck von diesem ersten Zusammenkommen der LINKEN in Cottbus.

Bjoern Tielebein

sitzt seit einem Jahr in der dortigen Bürgerschaft. Ihr Wahlkreis liegt im Bremer Norden, ein schwieriges Gebiet. Ingas Position ist der von Sascha sehr ähnlich. Ich glaube, von beiden können wir auch bei uns lernen. Auch wie man Rechtsextremismus begegnet. In unserem Bezirk ging die Zahl rechtsextremer Gewalttaten zwar deutlich zurück. Der Verfassungsschutzbericht bescheinigt der NPD einen fragilen Zustand und eine „geringe Personaldecke und fehlende Fachkompetenz“. Das sollte aber niemanden in Zufriedenheit wiegen. Bei der NSDAP war dies die ganzen 20er Jahre über so. Da wo wir freies Feld lassen, hat das braune Unkraut gute Keimbedingungen. Antifaschistische Arbeit fängt mit dem tagtäglichen Sich-Kümmern um die Schwachen in dieser Gesellschaft an. Die sind die Mehrheit und die sind meist die Hilfloseren. „Wenn die, die es eigentlich tun sollten, nicht tun – dann tun es eben andere. Aber anders“, meinte Johannes R. Becher einmal.

Wolfgang Brauer

„Gesundes Frühstück“?!

Stadtrat der SPD gewählt - Bezirksamt endlich komplett

Die jüngste Sitzung der BVV im Mai bot den Fraktionen nur wenig Möglichkeiten, in den politischen Diskurs zu kommen. Die Mehrzahl der Anträge wurde zunächst in Ausschüsse überwiesen und wird erst abschließend im Juni behandelt.

Zu den Höhepunkten zählt unzweifelhaft die Wahl des Bezirksstadtrates Stephan Richter auf Vorschlag der SPD-Fraktion. Nach nunmehr zwei Jahren ist das Bezirksamt komplett. Richter wird im Bezirksamt für Kultur, Weiterbildung, Bibliotheken sowie die bezirklichen Immobilien zuständig sein. Von dieser Stelle aus übermitteln wir unsere herzlichen Glückwünsche und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit. Eine Nachwahl war notwendig geworden, da Bernd Mahlke (SPD) aus gesundheitlichen Gründen sein Amt nicht wahrnehmen konnte und sich vorzeitig in den Ruhestand versetzen ließ.

Aus dem Bezirksvorstand

Norbert Seichter informierte über Gespräche mit dem Bezirksvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Marzahn-Hellersdorf. Es gab einen Meinungsaustausch zu einer Reihe kommunalpolitischer Fragen. Beide Parteien streben mehr Konkretion und mehr Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit an, dem sollen auch regelmäßige Gespräche dienen. Die SPD hat sich für die gute Zusammenarbeit bei der Aktion zur Volksabstimmung über den Flughafen Tempelhof bedankt.

Der Bezirksvorstand hat sich mit den Problemen befasst, die in Verbindung mit den städtebaulichen Maßnahmen der Ringkolonnaden stehen. Als politisches Kernproblem erwies sich, wie sich der Bezirksvorstand der LINKEN zu dem Bürgerbegehren verhält, das sich gegen Beschlüsse des Bezirksparlaments wendet.

In ausführlicher Beratung stellte der Vorstand fest, dass sich im Vorfeld unsere im Bezirksamt verantwortlichen GenossInnen für eine breite Diskussion mit den Einwohnern eingesetzt haben. Beim Suchen nach Lösungen erwiesen sich besonders die in Form der Werkstatt-Initiativen geführten Diskussionen als effektiv. In Kenntnis dieser Ergebnisse und nach eigenen Prüfungen haben die Abgeordneten der BVV, so auch die Fraktion der LINKEN, Beschlüsse gefasst.

Das Bürgerbegehren unterscheidet sich bezüglich des Südflügels von den Prämissen der Bezirksverordnetenversammlung. Der Bezirksvorstand bekennt sich zu den Argumenten des Bezirksparlaments und wird deshalb das Bürgerbegehren nicht unterstützen.

An einer Versammlung von Mitgliedern der LINKEN im Gebiet der Ringkolonnaden am 20. Mai haben folgende GenossInnen teilgenommen: Norbert Seichter, Bezirksvorsitzender, Dr. Margrith Barth (Wahlkreisabgeordnete in diesem Bereich), Björn Tielebein,

Die Fraktion DIE LINKE hatte mehrere Große Anfragen eingebracht, unter anderem zur Aktion „Gesundes Frühstück macht Spaß“. Bereits in den Medien war zu vernehmen, dass die „Arche“ mit Unterstützung des Bezirksamtes ein Projekt plant, bei dem jedes Grundschulkind eine Woche lang ein gesundes kostenloses Frühstück erhalten soll. Anlass genug nachzufragen, wie diese Aktion genauer aussehen wird. Zur Verwunderung unserer und sicher auch anderer Fraktionen werden hierbei jedoch nur die Kinder bedacht, die kein eigenes Frühstück in die Schule mitbringen. Die eigentliche Idee, gerade den Gesundheitsaspekt in den Mittelpunkt zu stellen und nicht zu stigmatisieren, fällt hierbei jedoch völlig runter.

Bjoern Tielebein

stellvertretender Bezirksvorsitzender, sowie Norbert Lüdtke, Bezirksstadtrat.

Nach dem Parteitag in Cottbus waren Informationen der Parteitage delegierten Grundlage für eine erste Diskussion über Verlauf und Ergebnisse. Cottbus hat unterstrichen, dass das Wirken einer gesamtdeutschen linken Partei die politische Landschaft zu verändern vermag, daran leisten auch wir mit unserem politischen Agieren im Bezirk Marzahn-Hellersdorf unseren Beitrag. In der Diskussion auf dem Parteitag wurde deutlich, dass das Zusammenwachsen in der neuen Partei kompliziert ist und ein hohes Maß an Toleranz im Umgang miteinander erfordert. Gregor Gysis Feststellung, die er auf dem Parteitag traf, fand unsere Zustimmung: Ziel der LINKEN ist nicht die Veränderung der anderen Seite nach dem eigenen Bild, sondern die Veränderung der Gesellschaft.

Die Basisgruppen 75 und 77 - und vorher schon weitere Basisgruppen - schlagen vor, den Antifaschisten Kurt Julius Goldstein, bis zu seinem Tode Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitzkomitees, durch die Benennung einer Straße oder eines Platzes zu ehren. Der Bezirksvorstand begrüßt diese Initiativen, er befürwortet das Anliegen, Kurt Goldstein in geeigneter Form zu ehren, und wird den Vorschlag unserer Fraktion in der BVV übergeben, die darüber beraten soll, um die notwendigen Schritte einzuleiten.

Im Vorstand wurde auf den Vortrag von Dr. Gregor Gysi hingewiesen, den er auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema „60 Jahre Israel“ am 14.4.2008 gehalten hat. Der geschäftsführende Vorstand wird einen Vorschlag machen, in welcher Form wir uns dieses Themas weiterhin annehmen.

Wilfried Maier

Bezirksvorstandsmitglied

Vierter Feriensommer für Marzahn-Hellersdorfer Grundschul Kinder

Immer weniger Kinder fahren mit ihren Eltern in den Urlaub, weil das Geld immer knapper wird. Das ergab eine Befragung des Marzahn-Hellersdorfer Kinder- und Jugendbüros zum Ferienverhalten in allen Grundschulen des Bezirks. Doch das ist nur eines der vielen Sorgen und Nöte, mit denen immer mehr Kinder in dieser reichen Bundesrepublik aufwachsen. Dramatische Fakten zur Kinderarmut tauchen in immer mehr Berichten auf und es wird viel darüber geredet, was aber wird getan?

Ich als Jugendstadträtin bin sehr froh, dass ich in unserem Bezirk zahlreiche Partnerinnen und Partner an meiner Seite habe, denen das Thema kinder- und familienfreundliche Gesellschaft nicht nur wichtig ist, sondern die auch bereit sind, sich gemeinsam für unsere Kinder zu engagieren. Ende 2003 gründete sich in Marzahn-Hellersdorf das Bündnis für Kinder, um sich als zivilgesellschaftliches Bündnis für das Wohl unserer Kinder einzusetzen. Sehr schnell zeichnete sich ab, dass es neben der Lobby- und Netzwerkarbeit vor allem um konkrete und praktische Projekte zur Unterstützung der Kinder geht. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der oben genannten Befragung reifte die Idee zum Feriensommer, um allen Grundschulkindern in Marzahn-Hellersdorf interessante, vor allem kostenfreie oder preiswerte Ferienerlebnisse vor Ort zu organisieren.

Und nun steht bereits der vierte Feriensommer vor der Tür, zum vierten Mal haben sich viele Engagierte gefunden und ein spannendes und ergebnisreiches Ferienprogramm vorbereitet. Zusätzlich zu den vielen abwechslungsreichen Angeboten in den verschiedensten Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und Stadtteilzentren des Bezirks gibt es Veranstaltungen mit der Polizei, der Feuerwehr oder mit der BSR. Auch Brückenfahrten entlang der Spree oder der sehr beliebte Besuch im Tierheim Falkenberg stehen auf dem Programm. Doch ganz ohne Geld geht es nicht! Unsere Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und ich als Jugendstadträtin haben zahlreiche Sponsoren angesprochen, unsere Wahlkreisabgeordnete Petra Pau (MdB) hat auch in diesem Jahr wieder 2000 Euro gespendet, zahlreiche Unternehmen des Bezirks bringen sich ein. Und doch bleibt es jedes Jahr ein mühsames Ringen bis zum allerletzten Schultag, diese vielfältigen Ferienangebote für unsere Kinder auf den Weg zu bringen und am letzten Schultag den vielen tausend Grundschulkindern mit dem Zeugnis auch den Flyer mit den Angeboten des Feriensommers in ihrem Stadtteil in die Hände zu geben.

Wer mehr über das Bündnis und die konkreten Vorhaben erfahren möchte, kann sich gern auf der Internetseite www.bfk-mahell.de informieren. Und wer uns konkret unterstützen will, kann sich an das Kinder- und Jugendbüro wenden oder gern auch direkt an mich. Denn es ist mir als Jugendstadträtin nicht nur eine Herzensangelegenheit, dass noch viele Marzahn-Hellersdorfer Kinder möglichst noch viele Feriensommer lang tolle Ferien in ihrem Bezirk erleben können, es ist mir auch Verpflichtung zum Tun!

Dr. Manuela Schmidt

Bezirksstadträtin für Jugend und Familie

Infosplitter

Stolpersteine zur Erinnerung

Am 22. Mai 2008 wurden in Mahlsdorf sieben Stolpersteine verlegt: Sechs für die Familie Lange, die von 1941 bis zu ihrer Deportation in der Lohengrinstraße 2 gewohnt hatte, und einer für den Maler und Bildhauer Walter Reissner am Eichenhofweg 9. Familie Lange, Vater, Mutter, Bruder, die Kinder, 6 Jahre, 1 Jahr, ein halbes Jahr alt, wurden am 9.12.1942 nach Auschwitz deportiert. Keiner aus der Familie hat überlebt.

Walter Reissner wohnte seit 1922 in Mahlsdorf, am 4. März 1943 wurde er „auf Transport“ nach Auschwitz geschickt, und auch er ist von dort nicht zurückgekommen. Herr Hoffmann, ein Verwandter von Walter Reissner, schilderte in berührenden Worten, welchen grausamen letzten Weg sowohl die Mitglieder der Familie Lange als auch Walter Reissner in die Gaskammern von Auschwitz gehen mussten.

Gunter Demnig verlegte eigenhändig die sieben Stolpersteine. Er hat die Aktion „Stolpersteine“ nicht nur in Deutschland und mittlerweile in anderen Ländern Europas ins Leben gerufen, sondern hat die Steine entworfen, und er stellt sie auch her. Es sagte u.a. „Ein Mensch ist erst dann vergessen, wenn sein Name vergessen ist“. Mit der Aktion „Stol-

persteine“ sind bisher ca. 15 000 vor allem jüdische Menschen der Vergessenheit entrissen worden. Schülerinnen und Schüler des Leonard-Bernstein-Gymnasiums hatten die notwendigen Recherchen zum Lebens- und Leidensweg der Familie Lange und von Walter Reissner vorgenommen und die Veranstaltung gemeinsam mit dem Bezirksamt und dem Verein Roter Baum organisiert.

Die Linksfraktion sowie Bürgermeisterin Dagmar Pohle und die Bezirksstadträte der LINKEN, Manuela Schmidt und Norbert Lütke, haben mit Spenden geholfen, dass die Stolpersteine angefertigt werden konnten.

Namensgebungen

Der neu angelegte Platz am S-Bahnhof Kaulsdorf wurde am 21. Mai 2008 im Beisein von Bischof Huber nach dem evangelischen Pfarrer Heinrich Grüber benannt.

Das Oberstufenzentrum Handel II, Marzahnener Chaussee 231, erhielt am 22. Mai in Anwesenheit von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau den Namen des jüdischen Kaufmannes Oskar Tietz (1858 – 1923), Gründer des Warenhauskonzerns „Hertie“.

Brückenbau auf Eis gelegt?

Der bereits geplante Bau einer Brücke am S-Bahnhof Marzahn verzögert sich. Die Knorr-

Bremse, die nicht nur Mittel für den Bau zugesagt hatte, sondern auch als Bauauftraggeber fungieren sollte, ist von der Beauftragung zurückgetreten. Das Bezirksamt muss in Absprache mit dem Senat prüfen, ob das bezirkliche Tiefbauamt als Auftraggeber fungieren kann. Die finanziellen Mittel sind eingestellt und auch die Knorr-Breme will die zugesagten Mittel zur Verfügung stellen.

Schwimmhalle

Helene-Weigel-Platz

Die Schwimmhalle am Helene-Weigel-Platz wird zur Zeit saniert. Zeitweilig sind die Arbeiten jedoch unterbrochen worden, da zusätzliche Mängel festgestellt wurden und geprüft werden musste, ob diese behoben werden können. Die gute Nachricht ist, dass weiter saniert werden kann, die weniger gute Nachricht ist, dass sich die Arbeiten länger hinziehen werden als ursprünglich geplant.

Neubau Krankenhaus

Hellersdorf

Nachdem jetzt der notwendige Wettbewerb für das Projekt eines Neubaus im Krankenhaus Hellersdorf abgeschlossen ist, rechnet das Bezirksamt mit dem Baubeginn Anfang 2009.

Renate Schilling

Post an uns

Israel - 60 Jahre Krieg und Vertreibung

Die einseitigen, undifferenzierten Darlegungen zu Israel in der Mai-Ausgabe dieser Zeitung veranlassen mich zu einigen Ergänzungen. Gemäß UNO-Beschluss sollten auf dem Mandatsgebiet Palästina ein israelischer und ein palästinensischer Staat entstehen. Ohne konkrete Grenzen festzulegen, war eine Aufteilung 55 zu 45 % vorgenommen worden. Jedoch schon ein Jahr nach der Staatsgründung hatte sich Israel 80 % des Gebietes einverleibt. Heute verfügt Israel praktisch über 100 % zuzüglich der Golanhöhen. In israelischen Gefängnissen, in denen auch gefoltert wird, sind Tausende Palästinenser eingekerkert, darunter 39 von 132 Abgeordneten des Palästinensischen Legislativrates. Selbst mit Israel befreundete Staaten kritisieren, dass in Reaktion auf Selbstmordanschläge und andere Widerstandsaktionen der Palästinenser die Verhältnismäßigkeit nicht gewährleistet ist. Die Opferzahlen auf palästinensischer Seite sind in der Regel um ein vielfaches höher. Erst vor wenigen Wochen ist eine Mutter mit ihren drei Kindern durch eine israelische Rakete umgebracht worden.

Meine Sympathien gehören einem friedliebenden Israel, welches das Völkerrecht achtet, das Existenzrecht eines freien, unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates mindestens in den Grenzen des Jahres 1967 anerkennt und sich von den Plänen für ein Großisrael verabschiedet. Dieses Israel ist nicht das gegenwärtige.

Viktor Durnick, Sprecher BO 12

Kein Ruhmesblatt

Eine umstrittene „Hall of Fame des deutschen Sportes“ - sprich Ruhmeshalle - wurde am 6. Mai 2008 im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums in Berlin vorgestellt, 300 „auserlesene“ Gäste wohnten dieser Zeremonie bei. Diese „Ruhmeshalle“ existiert vorerst mit einer Liste von 40 Namen. 39 kommen aus dem deutschen Sport vor 1945 - darunter eine Reihe prominenter Angehöriger der NSDAP oder aus dem Sport der BRD nach 1945.

Der 40. (!) kommt aus der DDR. Roland Matthes. Anerkennenswert ist die Aufnahme von zwei von den Faschisten ermordeten Sportlern: des Ringers Werner Seelenbinder und des Bahnradsportlers Albert Richter.

Sieht man von der Aufnahme Dr. Roland Matthes' ab, so wurde der Sport der DDR wieder einmal völlig ausgeblendet. Besser gesagt, er wird nicht zur Kenntnis genommen. Die über viele Jahre praktizierte Alleinvertretung im deutschen Sport durch die Vertreter der BRD findet hier ihre unrühmliche Fortsetzung. Gab es bei der beantragten Aufnahme der DDR in das IOC oder in die Föderationen auch nur eine Gegenstimme, so kam sie garantiert vom BRD-Vertreter. Die viel gepriesene innere Einheit Deutschlands wurde - wie in vielen anderen Bereichen - gewollt nicht sichtbar.

Wenn es um eine Würdigung verdienstvoller Leistungen im Sport gehen sollte, dann gehören Sportler der DDR zweifelsohne dazu. Dabei stehen u.a. Ulrich Wehling, Olympiasieger 1972/1976/1980 in der Nordischen Kombination, Gustav-Adolf Schur. Weltmeis-

ter 1958/1959 im Straßenradsport und Sieger der Internationalen Friedensfahrt 1955/1959, die siebenfache Olympiasiegerin und 27-malige Weltmeisterin im Kanurennsport, Birgit Fischer, oder die sechsmalige Olympiasiegerin im Schwimmen, Kristin Otto, in vorderster Reihe. Die auf ewig weltbeste Trainerin im Eiskunstlaufen, Jutta Müller, sollte bei Wahrung der Objektivität einen würdigen Platz finden.

Was im „vereinten“ Deutschland noch nicht möglich ist, wurde im österreichischen Bades bereits praktiziert. In die dortige Ruhmeshalle wurde Gustav-Adolf Schur würdevoll aufgenommen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Sporthilfe, Wilhelm Gäb, äußerte in seiner Eröffnungsrede, dass sich die Jury künftig stärker mit dem DDR-Sport befassen müsse. Nun lasst Taten sprechen.

Erhard Richter



Politische Bildung: Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichtskultur

Die historische Gedenkkultur wird allgemein und weltweit bestimmt von den Interessen der jeweiligen Politik, der „gleichsam eine historische Dimension verliehen“ werden soll. Daraus folgt, dass je nach dem politischen Umfeld im Jubiläumsjahr mal die eine, mal eine andere Seite des historischen Ereignisses in den Mittelpunkt gerückt wird. Ausgehend von dieser generellen Erkenntnis, blickte am 13. Mai im KulturGut Prof. Dr. Walter Schmidt auf herausgehobene Gedenkjahre der Revolution von 1848/49 in Deutschland. Der 25. Jahrestag 1873 war eindeutig geprägt von der vorausgegangenen Reichseinigung. Für Konservative und Liberale wurde diese zum allein gültigen Maßstab historischer Beurteilungen. Aus dieser Sicht war allein die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche von Bedeutung. Der offizielle Gedenktag war und ist bis heutigen Tags für alle politischen Kräfte außerhalb der Arbeiterbewegung der 18. Mai, der Tag des Zusammentritts der Nationalversammlung. Die Berliner Ereignisse im März und ähnliche in anderen Orten des Deutschen Bundes waren peinliche Ausreiter, das Werk von Verschwörern. Durch alle Jahrzehnte hindurch bildete nur die Bevölkerung in Baden-Württemberg und Teilen des Rheinlands eine rühmliche Ausnahme – sie hielt das Andenken ihrer Revolutionskämpfer von 1848/49 in Ehren. Wie 1873 so auch zum nächsten Gedenkjahr 1898 war es allein die Arbeiterbewegung, die die Revolution in ihrer Gänze würdigte, insbesondere als ersten Schritt zur Emanzipation der Arbeiter. Die offizielle Gedenkpolitik war zwar unverändert, aber erstmals wurde die Revolution Gegenstand öffentlicher Debatten mit dem

Höhepunkt einer Rede August Bebels im Reichstag. Ebenso waren die folgenden Gedenktage von den tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen geprägt: 1923 von der Novemberrevolution und ihren ambivalenten Folgen, das Zentenarium 1948 hatte die Katastrophen des Faschismus und des 2. Weltkriegs im Rücken und eine drohende nationale Spaltung vor sich. Der Kalte Krieg hatte begonnen und polarisierte auch die Geschichtskultur. Gemeinsam in allen Zonen war eine Flut von Publikationen und Veranstaltungen, akademischen Festakten, Diskussionen. Zum ersten Mal wurden offiziell auch die Barrikadenkämpfer in Berlin geehrt: Otto Suhr enthüllte einen Gedenkstein im Friedrichshain, der einen Text von Peter Alfons Steiniger trug. Aber darüber hinaus waren die Inhalte scharf nach Ost und West geschieden: In der SBZ war der Kern „die Legitimation des bereits vollzogenen gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses ... die Zuendeführung der 48er Revolution.“ In den Westzonen lag das Gewicht (und heute wieder in Gesamtdeutschland) auf der Würdigung der Tradition des Parlamentarismus. Wir können (und müssen) hier abbrechen – die Grundlinien lassen sich weiterverfolgen bis zum mühsamen Ringen der „Aktion 18. März“ um eine neue Namensgebung des Pariser Platzes und des Antrags an den Bundesrat 2006, den 18. März zum Nationalen – nicht Feier- – aber Gedenktag zu erheben.

Es bleibt noch zu vermerken, dass sich den Ausführungen des Referenten eine Diskussion anschloss, die u.a. nach den Wirkungen der Revolution fragte, obwohl sie ja als eine gescheiterte bezeichnet wird.

Dr. Ingrid Matschenz

Aus den Siedlungsgebieten

Landschaftsraum Wuhletal unter Schutz stellen!

Die BVV verhandelte auf ihrer Sitzung im Mai 2008 mehrere Anträge des Ausschusses für Umwelt und Natur zur weiteren Entwicklung des Landschaftsraumes Wuhletal. Beim Wuhletal handelt es sich um ein Naturreservat am Laufe der Wuhle. Das Tal ist der Überrest einer eiszeitlichen Schmelzwasserrinne und verläuft gut 16 km von Ahrensfelde südwärts in Richtung Köpenick. Es durchquert dabei die Ortsteile Hellersdorf und die Siedlungsbereiche Kaulsdorf und Biesdorf. Es handelt sich dabei um eines der wichtigsten großflächigen Biotope Berlins. Hier haben derzeit zahlreiche Pflanzen und Tiere einen Lebensraum, die aus dem Stadtgebiet völlig verschwunden sind. Der hohe Wert dieses Naturraumes veranlasst die BVV bei der weiteren Landschaftsplanung mit besonderer Sorgfalt und Umsicht vorzugehen. Deshalb wurden die vom Ausschussvorsitzenden Frank Beiersdorff (DIE LINKE) begründeten Empfehlungen an die zuständige Senatsverwaltung zur Aufnahme

des gesamten Wuhletals in die Prioritätenliste zur Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet und die Ausweisung des Gebietes zwischen Eisenacher Straße und Cecillienstraße als Naturschutzgebiet angenommen. Die BVV beschloss zugleich, die Einrichtung von Aussichtspunkten zur Besichtigung der wertvollen Biotope im Wuhletal durch das Bezirksamt prüfen zu lassen. Der Ausschuss für Umwelt und Natur wird sich in seiner nächsten Sitzung damit befassen, wie beim geplanten Umbau an der S-Bahnbrücke Mahlsdorf die Fahrradstellplätze erhalten oder erweitert werden können. Das Bezirksamt konnte in der BVV die namentliche Benennung des Platzes vor dem S-Bahnhof Kaulsdorf in Heinrich-Grüber-Platz berichten. Damit wurde die von Bezirksamt und BVV beschlossene Würdigung von aktiv gewesenen Antifaschisten in unserem Bezirk fortgesetzt.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender

TVO und Regionalbahn- anbindung:

Licht am Ende des Tunnels?

Senatorin Ingeborg Junge-Reyer erschien zu früherer Stunde und so konnten ihr die Gastgeberinnen Petra Pau und Dagmar Pohle ohne lange Vorreden beim Unternehmerfrühstück Schlag 9 Uhr das Wort erteilen. Im Unterschied zu vielen Veranstaltungen der letzten Zeit ging es bei dem Gespräch mit der Senatorin für Stadtentwicklung beim Unternehmerfrühstück des LINKEN WIRTSCHAFTSFORUMS am 15. Mai um mehr als die Tangentialverbindung Ost (TVO), nämlich zugleich um die Bahnanbindung des Nord-Ost-Raumes Berlins und des östlichen Umlandes.

Die wichtigste Botschaft lautete: „Es gibt keine kurzfristigen Lösungen, dafür ist das Problem zu kompliziert.“ Vorrangig geht es um die Verbindung vom Ostkreuz nach Mahlsdorf, die sogenannte Ostbahn und die Aktivierung des Ostbahnhofes für den Regionalverkehr. Studien sind in Auftrag gegeben und Verkehrszählungen veranlasst. Wichtig ist, wie sich die Einwohnerzahl am östlichen Rand der Stadt in den nächsten 10, 20 Jahren entwickeln wird und welcher Anteil der zu erwartenden Verkehrsströme dann auf die Schiene und welcher auf die Straße entfallen könnte. Erste Ergebnisse werden Ende 2008 erwartet, 2009 sollen Entscheidungen fallen. Was genau das für die direkte Anbindung der Wohn- und Gewerbegebiete in Marzahn-Hellersdorf an den Süden der Stadt und den BBI bedeutet, ist noch offen.

Auch zur TVO laufen seit Jahren im Auftrag der Senatsverwaltung Verkehrszählungen, die im letzten Jahr keine Zunahmen des Fahrzeugverkehrs in den betroffenen Straßen ergeben haben. Aber es soll nicht nur gezählt werden, sondern ausgehend von der zu erwartenden Einwohnerentwicklung eine ergebnisoffene Prüfung der Notwendigkeit des Baus der Tangentialverbindung Ost erfolgen. Fachleute meinten, dass die Prüfung „ergebnisoffen“ erfolgen wird, sei neu und die gute Nachricht des Tages.

Das aktuell größte Konfliktpotenzial wird in der Köpenicker Straße gesehen, wo die Anwohner wie auch die Natur vor allem in den Spitzenzeiten großen Belastungen ausgesetzt sind. Entspannung soll hier und auch in betroffenen Straßen durch veränderte Ampelschaltungen, Bushalteräume und Radwege erreicht werden.

Die Gastgeberinnen und die ca. fünfzig Gäste lenkten die Aufmerksamkeit, nicht ohne Nachdruck, auf die Bedeutung der TVO für den Wirtschaftsverkehr in dieser Region. Wenn die Verbindung zum neuen Flughafen BBI und zu den Innovationsstandorten rund um Schönefeld und Adlershof nicht kommt, bedeutet das die Abkopplung der Gewerbegebiete im Wirtschaftsraum eastside, Wegzug von Unternehmen und Verlust von Arbeitsplätzen. Politik und Wirtschaft werden – das wurde erkennbar – ihre Kräfte bündeln, um diesem wichtigen Gesichtspunkt bei der Entscheidungsfindung das nötige Gewicht zu verleihen.

Heidi Wagner und Erika Maier



Möglichkeiten nutzen: Verbindende Ziele mit den Streikenden beim Schulstreik.

Außerdem: Antifaschistisches Bündnis veröffentlicht Chronik Rechtsextremer Aktivitäten in Marzahn-Hellersdorf

Möglichkeiten optimal nutzen

Am 22. Mai gingen zum dritten Mal in drei Jahren Tausende Berliner Schülerinnen und Schüler auf die Straße, um für eine bessere Bildung zu demonstrieren. Gemeinsam mit Studierenden der Berliner Universitäten forderten sie unter anderem eine gebührenfreie Bildung. Darüber hinaus streikten die Schülerinnen und Schüler vor allem für ein Bildungssystem, das allen unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft die maximale Entfaltung ihrer jeweiligen Potentiale ermöglicht.

Mit ihren Forderungen, die auch die flächen-deckende Einführung der Gemeinschaftsschule beinhalteten, nahm der SchülerInnenstreik aktuelle Positionen der LINKEN in Berlin auf. An dieser Stelle ist besonders der Jugendverband im Land gefordert, stärker als Mittler

zwischen den streikenden Schülerinnen und Schülern und der Partei zu fungieren. Nur so wird es gelingen, die Möglichkeiten einer außerparlamentarischen Jugendbewegung und einer regierenden Partei mit den gleichen Zielen optimal nutzen zu können.

In Marzahn-Hellersdorf können die Schülerinnen und Schüler nicht nur auf die Unterstützung und Solidarität der Linksjugend im Bezirk zählen, sondern ebenso auf die von Bezirkspartei und der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung. Sie alle stehen jederzeit als Ansprechpartner für die Schülerinnen und Schüler im Bezirk bereit. Den Jugendverband könnt ihr unter linksjugend@web.de erreichen.

Hassan Metwally



Dunkelziffer unbekannt!

Dass die Anzahl der von Rechtsextremen ausgehenden Gewaltstraftaten zwischen 2003 und 2006 zumindest aus Sicht der Statistik massiv zurückgegangen sei, gehörte zu den interessanten Nachrichten vom Berliner Verfassungsschutz der letzten Monate. So stellte auch der stellvertretende Bezirksbürgermeister Komoß fest, dass dies sicher auch auf die intensiven Bemühungen von Bezirksamt, BVV und Zivilgesellschaft zurückzuführen sei. Dass die Zahlen des Staatsschutzes jedoch nur einen Teil der Wirklichkeit darstellen, zeigt ein Blick in die erst kürzlich veröffentlichte „Chronik Rechtsextremer Aktivitäten in Marzahn-Hellersdorf“.

Das Antifaschistische Bündnis im Bezirk dokumentiert seit nunmehr 2003 auch all jene Aktionen, Schmierereien und Übergriffe, die

zumeist nicht polizeilich registriert werden. In der Broschüre heißt es dazu: „Wir mussten im Jahr 2007 37 Propagandaaktionen (davon 10 in aller Öffentlichkeit durchgeführte), 3 Sachbeschädigungen, 11 Bedrohungen und 9 Angriffe gegen Menschen zur Kenntnis nehmen. Diese Verteilung scheint uns – soweit wir einen Überblick haben – im Berliner Trend zu liegen. Die verschiedenen Bevölkerungs- und Infrastrukturdichten erklären ebenso wie die sich weiter homogenisierenden sozialen Milieus den quantitativen Unterschied virulenter Erscheinungen zwischen Großsiedlungen und Siedlungsgebieten. [...] Die Zahl der Propagandaaktivitäten zeigt, dass sowohl die NPD als einzige rechtsextreme Partei, die außerhalb der Wahlkampfzeit in der Öffentlichkeit präsent war, wie auch parteiunabhängige Neonazis in der Lage sind,

J wie Jobcenter

Es ist ein zentrales Organ des Arbeitslosengeldes II – das Jobcenter. Menschen, die Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II haben, also Personen, die kein Einkommen oder Anspruch auf Versicherungsleistungen wie dem Arbeitslosengeld I haben, können „Hartz IV“ beim Jobcenter beantragen.

Verwaltungstechnisch ist das Jobcenter umstritten. Einige MitarbeiterInnen werden durch das bezirkliche Sozialamt gestellt, der andere Teil durch die Agentur für Arbeit, die nicht beim Bezirk angesiedelt ist. Es gibt keine gemeinsame Dienstaufsicht, was ein effektives Handeln teilweise schwierig macht. Zur besseren Koordination wurde die so genannte „ArGe“ als Bindeglied zwischen den Dienstaufsichten eingerichtet.

Das Jobcenter stellt die NachfolgerIn des Sozialamtes für SozialhilfeempfängerInnen und des Arbeitsamtes für die ehemalige Arbeitslosenhilfe dar. Trotz des Bemühens einiger Kommunen, die Hartz-Gesetze im Sinne der Betroffenen auszulegen, hat das Jobcenter den Charakter einer disziplinierenden und stigmatisierenden Institution behalten. EmpfängerInnen von Hilfeleistungen verbinden mit dem Jobcenter oftmals strenge Nachweispflichten über die „tatsächliche“ Bedürftigkeit.

Harry Hearts

sich mit eigenen Aktionen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf an bundesweiten Kampagnen der Neonaziszene zu beteiligen.“

Das zeigt einmal mehr, dass das engagierte Wirken von BVV und Bezirksamt an Notwendigkeit nichts eingebüßt hat. Jedoch ist das entscheidende Moment gegen Rechtsextremismus in den Kiezen und Stadtteilen tatsächlich wirksam aktiv zu werden, die Einbeziehung bzw. Aktivierung und Sensibilisierung der Zivilgesellschaft und der soziokulturellen Akteure vor Ort.

Die Broschüre ist im Internet nachlesbar unter www.kein-verstecken.de/chronik.htm oder dort auch als Druckexemplar bestellbar.

Bjoern Tielebein

Veranstaltungen

» **5.6., 18.30 Uhr**, Peter-Weiss-Bibliothek, Hellersdorfer Promenade 24, 12627 Berlin, **Vortrag und Gespräch** mit Dr. Hans Coppi über Philipp Schaeffer (1894 - 1943) - Orientalist, Bibliothekar, Widerstandskämpfer; mit einer Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand über Philipp Schaeffer. Veranstalter: Peter-Weiss-Bibliothek (Alternative Bibliothek Hellersdorf), Eintritt: 2,00 Euro / 1,00 Euro

» **10.6., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** zum Thema: „1968 - eine unverstandene Weichenstellung“, Referent: Dr. Stefan Bollinger, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **12.6., 19 Uhr**, Henny-Porten Straße 10-12, 12627 Berlin, „**Jüdisches Leben in der DDR**“, Dr. Irene Runge zu Gast bei Petra Pau (MdB)

» **28.6., 20 Uhr** in der Umweltstation ALPHA II auf dem Abenteuerspielplatz Marzahn-Nord, Schorfheidestraße 52, 12689 Berlin, Telefon: 9377213, Straßenbahnlinien M 8 und 16, direkt an der Endhaltestelle Ahrensfelde:



Das kleine Kulturhaus am Stadtrand lädt ein zu **skandinavischer Folkmusic mit FYN**
- Cordula Schönherr, Alexa Renger und Thomas Strauch - & Lagerfeuer, Eintritt: 10 Euro, mit Vorbestellung 8 Euro, Vorbestellung unter Tel. 030/9339275

Nicht am Rande bemerkt:

Nach der ILA 2008: Erste Future Transport Helicopter (FTH) ...

... sollen 2018 geliefert werden. Die European Defence Agency (EDA) schätzt die Entwicklungskosten eines schweren Transporthubschraubers auf 2 Milliarden Euro. Zu teuer, weil Bedarf nur von deutscher (40 Stk.) und französischer (20 Stk.) Seite angemeldet. Die EDA will nun weitere EU-Staaten zu einer Beteiligung bewegen, um die Stückzahl zu erhöhen.

Billiger wäre ein russisches Modell - das aber müsste neue Avionik erhalten - oder ein amerikanisches - aber die USA-Kabinen sind allesamt zu klein für gepanzerte Fahrzeuge wie Dingo und Fennek.

Frage

Wie wird die französische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 diesen Absichten der deutsch-französischen Militärs und damit Eurocopter den Weg ebnen? B. Rüdiger

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **10.6., 24.6.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **2.7.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55
» **2.7.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64
» **3.7.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzastr. 24/26
» **3.7.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

» **24.6.**, 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**
» **26.6.**, 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Basisgruppe 63

» **23.6.**, 19.30 Uhr, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, Basisgruppenversammlung mit Klaus Lederer, Landesvorsitzender der LINKEN. Berlin. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Sprechstunden

» **11.6., 13 - 15 Uhr, 2.7., 16 - 18 Uhr, Petra Pau** (MdB), Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99289380

» **11.6., 19 - 20.30 Uhr, Wolfgang Brauer** (MdB), **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin

» **23.6., 16 - 17 Uhr, Dr. Margrit Barth** (MdB), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefonische Anmeldung unter 23252536

» **23.6., 17 - 19 Uhr, Dr. Gabriele Hiller** (MdB), Havelländer Ring 32, 12619 Berlin

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen: Montag 13 - 17 Uhr, Dienstag 9 - 17 Uhr,
Donnerstag 9 - 19 Uhr, Freitag 9 - 15 Uhr

Geschlossen: Jeden Mittwoch

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin,
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 2.6.2008. Auslieferung ab: 4.6.2008. **Druck:** Eigen-druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 3.7.2008 und am 4.9.2009 (August - Sommerpause!)